Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Verlagspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsspaltige Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Internationaler Arbeiterschutz

Von Otto Sue

S.A.K. Die Militarisierung der Volkswirtschaft, von der auch die bisher neutralen Länder nicht ganz verschont geblieben sind, hat in allen kriegsführenden Staaten abnorme Arbeiterverhältnisse zeitigt. Nicht nur sind viele hunderttausende militärisch mobilisierter Industriearbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende und Landwirte durch Mädchen und Frauen ersetzt worden, auch die Zahl der gewerblich tätigen Kinder und Jugendlichen hat sich gewaltig vermehrt. Dadurch wird natürlich alsbald zunächst die Frage akut werden, was zu geschehen hat, wenn die Soldaten zur Friedensarbeit entlassen werden und in vielen hunderttausenden von Fällen ihre früheren Arbeitsplätze von Ersatzkräften besetzt finden, die doch nun nicht ohne weiteres auf die Straße zu setzen sind. Es ist auch dann sicher damit zu rechnen, daß die Ersatzkräfte wegen ihrer meist erheblich geringeren Entlohnung von den Unternehmern bevorzugt werden. Die Unternehmer erklären heute schon, daß der nach dem Kriege verschärfte internationale Wettbewerb eine „Herabsetzung der Selbstkosten“, also vornehmlich der Löhne bedinge. Man kann sich also auf schwere wirtschaftliche Konflikte gefaßt machen, wenn nicht rechtzeitig umfassende Vorkehrungen getroffen werden, die eine möglichst reibungslose Auswechslung der Arbeitskräfte alsbald nach Friedensschluß bewerkstelligen.

Dahinter steht aber gleich die nicht minder wichtige Frage: Wie wird sich der gesetzliche Arbeiterschutz gestalten? Es darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß heute in allen kriegsführenden Ländern massenhaft weibliche und kindliche Arbeitskräfte an Arbeitsplätze gestellt sind und unter Bedingungen schaffen, die sich ihrer Natur nach durchaus nicht für solche Personen eignen. Wir sehen heute Knaben, Mädchen und Frauen zu zehntausenden auch in der Montanindustrie, in den Eisen- und Stahlwerken, im Bau- und Transportgewerbe mit Arbeitsaufgaben betraut, die normaler Weise über die Kraft dieser Beschäftigten hinausgehen; außerdem bilden die eigentümlichen Betriebsverhältnisse oft eine große Gefahr für die Gesundheit und unser jugendliches Nachwuchsges. Es handelt sich um Beschäftigungsarten und Betriebe, die vor dem Kriege durch Reichsgesetze, Bundesratsverordnungen und noch mehr durch Gewohnheitsrecht den jugendlichen Arbeitern und den Frauen verschlossen waren. Beispielsweise ist nun die Untertagsarbeit von Knaben keine Ausnahme mehr, und in den Hüttenwerken, in chemischen Fabriken, im Transportgewerbe usw., wo vor dem Kriege, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, keine weiblichen Arbeiter zu finden waren, beläuft sich heute ihre Zahl auf viele Zehntausende. Die Entwicklung vor dem Kriege ging im allgemeinen dahin, jene Beschäftigungsarten für weibliche Arbeiter durch Gesetz oder auf dem Verordnungswege schrittweise gänzlich zu verbieten. Das geschah auch im Interesse des Mutterhauses. Diese Entwicklung hat der Krieg jäh unterbrochen; nicht etwa nur in Deutschland, sondern mindestens ebenso bedrohlich für die Volksgesundheit im Ausland. Die Nacharbeit auch der Knaben, Mädchen und Frauen ist in der Rüstungsindustrie nahezu zur Regel geworden.

Nun besteht unstrittig die große Gefahr, daß privatwirtschaftliche Gründe von sehr einflussreicher Seite für eine Weiterbeschäftigung der des besonderen Schutzes bedürftigen Kinder und Frauen in der jetzigen Weise auch nach dem Kriege ins Feld geführt werden. Für den Widerstand dieser Bemühungen möchte ich mich keineswegs verbürgen. Sehr bezeichnend ist, daß die im Juli 1916 in Leeds (England) versammelt gewesenen britischen, französischen, belgischen und italienischen Arbeitervertreter dieselben Besorgungen hinsichtlich des zukünftigen Arbeiterschutzes zum Ausdruck brachten! Also handelt es sich nicht um eine deutsche, sondern um eine internationale Arbeiterfrage!

Mit dieser Feststellung ist auch schon der Weg angedeutet, auf dem die Lösung dieser Frage unternommen werden muß. In der deutschen Arbeiterpresse ist früher schon die Notwendigkeit betont worden, im Anschluß an den kommenden Friedensvertrag auch mindestens die Grundzüge der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung festzulegen. Das wäre eine Wiederaufnahme der auf Veranlassung der deutschen Regierung im März 1890 begonnenen, aber wegen des Widerstands namentlich der belgischen Staatsbelegierten so gut wie ergebnislos verlaufenen Beratungen über die Richtlinien der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Damals handelte es sich hauptsächlich um den gesetzlichen Kinderschutz und Frauenschutz. Heute haben sich unter der Einwirkung des Krieges gerade die Arbeitsbedingungen dieser schutzbedürftigsten Personen derart verschlechtert, daß jeder Menschenfreund das schlimmste für die Volksgesundheit befürchten muß, wenn dem Raubbau an der Volkskraft nicht gründlich vorgebeugt wird. Da diese Verhältnisse in allen kriegsführenden Ländern ziemlich gleich sind, ist auch die natürliche Basis für eine internationale Reformaktion gegeben. Ihre Durchführung würde den Einwand der bedrohten gewerblichen Konkurrenzfähigkeit glatt erledigen.

Die Gelegenheit, bei den Friedensverhandlungen auch die Mindestbedingungen vornehmlich für den gesetzlichen Schutz der gewerblich tätigen Kinder und Frauen, namentlich das Verbot der in bestimmten Industrien, besonders während der Nachtzeit zu beschäftigen, festzulegen, ist zu günstig, die Notwendigkeit zu offensichtlich, als daß es zur Führung dieser Verhandlungen berufenen Staatsvertreter unterlassen dürften, sie auszunutzen. Doch dürfen die Verhandlungen sich nicht in diesem engen Rahmen halten, wenn verhindert werden soll, daß eines der beteiligten staatlich organisierten Wirtschaftsbereiche der anderen nach dem Kriege auf dem Weltmarkte geradezu Schutzkonkurrenz durch Unterlassung der Arbeiterschutz- und der Versicherungsgesetzgebung mache. Daher müssen auch internationale Mindestbedingungen über die Arbeitszeiten der Arbeiter überhaupt, ferner der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung vereinbart werden. Die Konferenz in Leeds hat Gleiches vorgeschlagen; wir in Deutschland brauchen nicht zu fürchten, daß die

Berücksichtigung dieser Vorschläge unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte ausschließt. Haben wir doch oft genug gerade von deutscher Unternehmenseite gehört, Deutschland sei sogar „in der Welt weit voran mit der Sozialgesetzgebung“. Nun wohl, um so weniger Bedenken dürfen die deutschen Vertreter auf der doch einmal kommenden Friedenskonferenz tragen, auch auf die einheitliche Regelung des internationalen Arbeiterschutzes im Sinne der Gewerkschaftsforderungen zu dringen.

Darin verdient aber auch eine besondere Beachtung die Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Für Frankreich Arbeiterbeschäftigung ist ja schon jetzt akut geworden infolge des Imports „farbiger Arbeiter“ (Chinesen, Afrikaner), und es darf darum wohl angenommen werden, daß der von der „Ein- und Auswanderung“ handelnde Abschnitt des in Leeds aufgestellten Programms namentlich auf Betreiben der französischen Gewerkschaften beschlossen wurde. Bemerkenswert ist nun, daß man sich in Leeds nicht mehr auf den bequemeren Standpunkt stellte, jede Behinderung der Einwanderung ausländischer Arbeiter sei eine „Beschränkung der Arbeiterfreiheit“, daher unsozialistisch. Schon verstand man sich dazu, die „Werbung von Arbeitern in einem fremden Lande“ nur zu gestatten, wenn die in dem betreffenden Lande zu schaffenden „gemeinsamen Ausschüsse der Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterverbände“ dem zustimmen! Selbstredend sollen die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse, sowie die allgemein gewerblichen Rechtsverhältnisse der Zugewanderten (Organisationsfreiheit etc.) denen der einheimischen Arbeiter gleich sein. Letzteres ist eine alte internationale Gewerkschaftsforderung; mit der Regelung der Einwanderung durch die gedachten „Ausschüsse“ aber wird es in der Praxis nichts werden. Denn sie setzt eine Interessensolidarität voraus, die nicht vorhanden ist.

Meines Erachtens wird in der sozialistischen Literatur bei der Erörterung der Zulassung ausländischer Arbeiter zu sehr außer acht gelassen, daß diese Wanderer ja zumeist nicht aus eigenem Antriebe, sondern überwiegend veranlaßt durch bezahlte Werber (Unternehmeragenten) oder durch zu rosig gefärbte Schilderungen bereits ausgewandelter Verwandten und Bekannten zum Verlassen ihrer Heimat verleitet werden. Nach meinen Erfahrungen liegt es nicht zuletzt im Interesse der ausländischen Arbeiter selbst, wenn wir ihre Abwanderung so viel wie möglich hemmen, so lange nicht handfeste Garantien für die Entlohnung aller Arbeiter des betreffenden Berufes nach festen Mindestlöhnen und ihre gewerberechtliche Gleichstellung mit den Einheimischen geschaffen sind. Das ist auch mit ein notwendiges Stütz des internationalen Arbeiterschutzes.

Falsch ist es natürlich, von vornherein die Zuwanderer als Lohnbrüder zu betrachten. Als solche zu wirken liegt wenigstens in der Regel nicht in der Absicht der Zuwanderer. (Von den bewußten Streikbrechern rede ich hier nicht.) Die Wanderarbeiter kommen in der Regel in ihnen ganz fremde Verhältnisse, stehen dann meist hilf- und schutzlos im fremden Lande, sind eben darum die erwünschtesten Objekte für Unternehmer, die nach willigen und billigen „Händen“ trachten — und welcher Unternehmer läte das nicht! Massenhaft sind mir die Fälle bekannt, wo gleich „waggonweise“ fremdländische Arbeiter für die deutsche Großindustrie herangeschleppt, behütamt vor der Berührung mit einheimischen Arbeitern abgeschloffen und so, völlig mittellos, landesunkundig, auf Gnade und Ungnade dem Unternehmertum unterworfen wurden. Daß solche Arbeitsmenschen, gegen ihren Willen, als außerordentliches Hindernis für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse überhaupt mißbraucht werden, das Lohnniveau abwärts herabdrücken oder doch relativ tiefhalten heißen, das ist eine Erfahrungstatsache, die wir reichlich beobachten konnten. Es kommt aber noch hinzu, daß diese Zugewanderten wegen ihrer Unkenntnis der Industrieverhältnisse, sehr häufig auch noch besonders wegen Nichtverstehens der Landessprache im höheren Maße als die einheimischen den Berufsrisiken und Unfallsgefahren zum Opfer fallen. Auch das muß uns veranlassen, die Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter nicht mehr nach der alten Schablone, mochten nur das Unternehmertum Nutzen hatte, zu beurteilen. Man lese nur einmal, was die offiziellen nordamerikanischen Berichte über die grauenhaften sozialen Verhältnisse der aus aller Herren Länder zusammengepökelten Arbeiter in den Stahlwerken erzählen! Bevorzugt werden hier die — kleinasiatischen Syrer, weil sie sich als die willigsten und bedürfnislosesten Lohnslaven erwiesen haben sollen. In Frankreich sind nun schon Chinesen und Negere als Industriearbeiter tätig, was wird werden, wenn es dem Unternehmertum freigestellt bleibt, die billigsten „Hände“ aus wer weiß welchen Ländern zu beschaffen?

Gerade Deutschland bilde vor dem Kriege das Ziel für hunderttausende ausländischer Wanderarbeiter. 1910 lebten hier 1253 873 Ausländer, 509 v. H. mehr als 1871. Davon waren 294 893 in der Landwirtschaft, 500 953 in der Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe tätig. Unter den landwirtschaftlich Tätigen ragte die Zahl der russischen Wanderarbeiter weit heraus (156 847); in der Industrie standen die Zuwanderer aus der slavischen Welt (Estland, Ungarn und aus Italien weit voran (zusammen 367 485). Durch die unter behördlichem Schutze stehende „Feldarbeiterzentrale“ und ihre Grenzämterfilialen wurden vor dem Kriege jährlich hunderttausende Arbeiter aus Rußland, Österreich-Ungarn und deren östliche Hinterländer mit „Arbeiterlegitimationskarten“ versehen und durften dann nur laut deren Anweisung beschäftigt werden. Das Dammescheit der Ausweisung hing über diesen Arbeitern, wenn sie sich etwa gewerkschaftlich organisierten. Es waren also große Massen polizeilich kontrollierter Kontraktarbeiter, die wenn auch wider Willen, so doch tatsächlich wie ein Pflanzgut in den sozialen Aufstieg unserer Arbeiterklasse stark hemmten. Die Leute mußten sich unglücklich fühlen, wenn sie verstarben, in welches Zwangsverhältnis sie hineingekommen waren. Zahlreiche Fälle konnte ich aus eigener Erfahrung anführen, wo auch andere ausländische Arbeiter, die wie die Italiener, die Spanier,

reichischen Alpenländer, Holländer usw., nicht durch die Kontrolle der Grenzämter gingen, polizeilich ausgewiesen wurden nur weil sie sich gewerkschaftlich organisierten, an gewerkschaftlichen Aktionen teilnahmen, oder aber auch nur — weil sie Konsumvereinsmitglieder waren!

Begehen wir also einen Verstoß gegen die sozialistischen Grundzüge, wenn wir uns der Zuwanderung von ausländischen Arbeitern widersetzen, die lediglich als „Hände“ behandelt, wenn auch wider ihren Willen als Lohnbrüder dienen, so rechtlos gestellt werden? Aber die trübseligen wirtschaftlichen Verhältnisse vieler in von Industriegiganten hauspolizeilich beaufsichtigten Massenquartieren (nicht selten elende Baracken) hausender Wanderarbeiter kennt, der weiß, daß wir nicht nur unserer einheimischen Arbeiterschaft, sondern auch der ausländischen einen guten Dienst erweisen, wenn wir uns der vor dem Kriege üblichen Massenzufuhr dieser „Hände“ energisch widersetzen.

Das wird um so nötiger sein, weil wie gesagt mit der schon ausgesprochenen Regelung der Unternehmerschaft, nach dem Kriege durch Herabdrückung der Lohnkosten und möglicher Weise durch Verbehalten der während des Krieges herangezogenen billigen Ersatzarbeitskräfte die Weltmarktkonkurrenz zu schlagen, zu rechnen ist. Es fehlte dann nur noch die ungehinderte Massenzufuhr billigster Arbeiter aus den Ländern mit viel schlechteren Sozialzuständen als Deutschland, um unsere Arbeiterschaft, zumal anhaltend höhere Lebensmittelpreise als vor dem Kriege hatten, zu ermarken sind, in einen unaufsehbaren Notstand zu stürzen. Das zu verhüten ist unsere Aufgabe.

Da die gleichen wirtschaftlichen Gefahren die Arbeiterschaft aller im Kriege befindlichen Länder bedrohen, kann es keine Unmöglichkeit sein, die notwendige Sicherung der Arbeiterinteressen und damit der Interessen der breitesten Völkermassen durch den internationalen Friedensvertrag mit zu vereinbaren.

Das Vaterländische Hilfsdienst-Gesetz

§ 1. Jeder männliche Deutsche vom vollendeten sechzehnten bis zum vollendeten achtundzwanzigsten Lebensjahre ist, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienste während des Krieges verpflichtet.

§ 2. Als im vaterländischen Hilfsdienste tätig gelten alle Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegerisch-wirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksernährung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

§ 3. Die Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes liegt dem beim Königlich Preussischen Kriegsministerium errichteten Kriegsamte ob.

§ 4. Ueber die Frage, ob und in welchem Umfange die Zahl der bei einer Behörde beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet die zuständige Reichs- oder Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Kriegsamte. Ueber die Frage, was als behördliche Einrichtung anzusehen ist, sowie ob und in welchem Umfange die Zahl der bei einer solchen beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet das Kriegsamte nach Benehmen mit der zuständigen Reichs- oder Landeszentralbehörde.

Im übrigen entscheidet über die Frage, ob ein Beruf oder Betrieb im Sinne des § 2 Bedeutung hat, sowie ob und in welchem Umfange die Zahl der in einem Beruf, einer Organisation oder einem Betriebe tätigen Personen das Bedürfnis übersteigt, Ausschüsse, die für den Bezirk jedes Stellvertretenden Generalkommandos oder für Teile des Bezirks zu bilden sind.

§ 5. Jeder Ausschuss (§ 4 Abs. 2) besteht aus einem Offizier als Vorsitzenden, zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Den Offizier sowie die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestellt das Kriegsamte, in Bayern, Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium, dem in diesen Bundesstaaten auch im übrigen der Vollzug des Gesetzes im Einvernehmen mit dem Kriegsamte zukommt. Die höheren Staatsbeamten beruft die Landeszentralbehörde oder die von ihr zu bestimmende Behörde. Erstreckt sich der Bezirk eines Stellvertretenden Generalkommandos auf die Gebiete mehrerer Bundesstaaten, so werden die Beamten von den zuständigen Behörden dieser Bundesstaaten berufen; bei den Entscheidungen des Ausschusses werden die Beamten des Bundesstaates mit, dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende angehört.

§ 6. Gegen die Entscheidung des Ausschusses (§ 4 Abs. 2) findet Beschwerde an die beim Kriegsamte einzurichtende Zentralstelle statt, die aus zwei Offizieren des Kriegsamtes, von denen der eine den Vorsitz führt, zwei vom Reichskanzler ernannten Beamten und einem von der Zentralbehörde des Bundesstaates zu ernennenden Beamten, dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende angehört, sowie je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht; für die Bestellung dieser Vertreter gilt § 5 Satz 2. Werden Marineinteressen berührt, so ist einer der Offiziere vom Reichs-Marineamt zu bestellen. Bei Beschwerden gegen Entscheidungen bayerischer, sächsischer oder württembergischer Ausschüsse ist einer der Offiziere von dem Kriegsministerium des beteiligten Bundesstaates zu bestellen.

§ 7. Die nicht im Sinne des § 2 beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen können jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienste herangezogen werden.

Die Heranziehung erfolgt in der Regel zunächst durch eine Aufforderung zur freiwilligen Meldung, die das Kriegsamte oder eine durch Vermittlung der Landeszentralbehörde zu bestimmende Stelle erläßt. Wird dieser Aufforderung nicht in ausreichendem Maße entsprochen, so wird der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung eines Ausschusses herangezogen, der in der Regel für jeden Bezirk einer Erloßkommission zu bilden ist und aus einem Offizier als Vorsitzenden, einem höheren Beamten und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Bei